



Bundesbudget

Der Nationalrat hat elf Nachtragskredite und drei Nachmeldungen zum Voranschlag 2021 von insgesamt 3,8 Milliarden Franken gutgeheissen. Das Geld wird vor allem für Massnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie benötigt, unter anderem für die "Testoffensive" der Kantone. Den letzten Nachtragskredit reichte der Bundesrat erst am 2. Juni ein. Deshalb musste der Nationalrat über einen höheren Betrag befinden als der Ständerat, der das Geschäft vergangene Woche beraten hatte. Der Ständerat hatte 2,4 Milliarden Franken bewilligt. Die Nachtragskredite sind mit dem Entscheid des Nationalrats erledigt. Die Nachmeldungen gehen an den Ständerat.

Staatsrechnung

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Staatsrechnung 2020 zugestimmt. Die Rechnung schloss mit einem Rekorddefizit von knapp 16 Milliarden Franken. Die grösste Ausgabenposition verzeichnet mit 10,8 Milliarden Franken die Kurzarbeitsentschädigung. Ohne Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hätte das Defizit in der ordentlichen Rechnung 1,2 Milliarden Franken betragen. Die in der Staatsrechnung ausgewiesenen Einnahmen belaufen sich für das Jahr 2020 auf 72 Milliarden Schweizer Franken. Demgegenüber stehen Ausgaben von 88 Milliarden Franken

Coronavirus – Härtefälle

Der Nationalrat hat zwei Vorstössen klar zugestimmt, die verlangen, die Härtefallregelung bis Ende 2021 zu verlängern und sie unter bestimmten Voraussetzungen auch zu erhöhen. Die festgelegte Höchstgrenze für nicht rückzahlbare Beiträge für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 5 Millionen Franken soll überschritten werden können. Beantragt hatte die Anpassungen die Wirtschaftskommission (WAK-N) mit zwei Motionen. Der Ständerat hat über zwei gleich lautende Vorstösse der WAK-S noch zu entscheiden.

Coronavirus – Impfung

Urteilsfähige Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren, die sich gegen Covid-19 impfen lassen wollen, können das ohne Zustimmung ihrer Eltern tun. Die Urteilsfähigkeit der Minderjährigen muss allerdings fallbezogen beurteilt werden, wie das Departement des Innern (EDI) zur Fragestunde im Nationalrat schreibt. Minderjährige ab 12 Jahren gelten demnach als weitgehend urteilsfähig. Die Empfehlung des Bundes sehen aber nicht grundsätzlich vor, dass bei Kindern ab zwölf Jahren keine Zustimmung der Eltern zum Impfen nötig ist. Nur wenn Minderjährige tatsächlich als urteilsfähig zu betrachten seien, sei die Einwilligung der Eltern nicht nötig.

Covid-19-Gesetz

SVP-Bundespräsident Guy Parmelin (61) zeigt sich knallhart gegen Impfablehner. Wer sich nicht impfen lassen will, soll die Konsequenzen tragen – und auch Einschränkungen hinnehmen müssen. «Die eigene Freiheit stoppt dort, wo die Freiheit der anderen beginnt. Das ist eine Abwägung», so der Wirtschaftsminister. Mit dieser Haltung stellt sich Parmelin zwar gegen seine Partei, die dem Covid-Zertifikat enge Grenzen setzen will. Doch das Parlament stellt sich hinter die Knallhart-Linie des Bundespräsidenten. Der Nationalrat erteilte den Verwässerungsanträgen der SVP gestern eine deutliche Absage.



So forderte beispielsweise SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr (37, TG) vergeblich, das Zertifikat nur für den internationalen Reiseverkehr, Grossveranstaltungen in Innenräumen mit mehr als 5000 Personen sowie Diskotheken und Tanzveranstaltungen zu verwenden.

In allen anderen Bereichen wollte sie den Einsatz explizit verbieten – so etwa auch für Restaurants, Bars, Kinos oder Spitäler. Mit 126 zu 56 Stimmen war das Nein deutlich. Auch von einer Befristung des Covid-Zertifikats bis Ende September, wie sie SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi (42, ZG) vorschlug, wollte die Mehrheit nichts wissen.

Mit 138 zu 52 Stimmen schickte die grosse Kammer die Forderung von EDU-Nationalrat Andreas Gafner (50, BE) bachab, dass «niemand wegen einer nicht durchgeführten Covid-19-Impfung diskriminiert werden darf». Gafner warnte erfolglos vor einer drohenden Zweiklassengesellschaft und einem «Impfzwang durch die Hintertür». «Es gibt auch gute Gründe, sich nicht impfen zu lassen», mahnte er. Doch die Mehrheit winkte ab. Ganz nach dem Motto: Wer sich nicht impft, ist selber schuld. In diesem Sinn will der Nationalrat – wie vom Ständerat bereits beschlossen – im Gesetz fixiert haben, dass es für Corona-Pass-Inhaber bei öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben keine Zugangsbeschränkungen mehr geben soll.

Die SVP fiel auch mit weiteren Anträgen durch. Von einer Aufhebung der Maskenpflicht im Freien oder an Schulen will der Nationalrat ebenso wenig wissen wie von einer Abschaffung der wissenschaftlichen Corona-Taskforce oder der baldigen Aufhebung der Homeoffice-Pflicht.

Nicht etwa, weil sich die übrigen Parteien grundsätzlich gegen weitere Lockerungen stellen, sondern vielmehr, weil sie dem Bundesrat wie bis anhin einen gewissen Handlungsspielraum lassen wollen. «Krisenmanagement ist Sache der Exekutive», brachte es Mitte-Nationalrat Philipp Kutter (45, ZH) auf den Punkt. Das Parlament solle im Gesetz nun nicht ins Mikromanagement abgleiten. Und SP-Nationalrat Matthias Aebischer (53, BE) machte klar: «Der Bundesrat muss agil bleiben.»

In der Stossrichtung sei man ja mit vielen Anträgen einig, aber es mache keinen Sinn, zu viele Detailregeln ins Gesetz zu schreiben, sagte selbst SVP-Bundesrat Ueli Maurer (70). Und er versprach: «Wir wollen auch Richtung Öffnung gehen.»

Armeebotschaft

Der Nationalrat hat am Dienstag der Armeebotschaft 2021 des Bundesrats zugestimmt. Diese sieht Verpflichtungskredite von rund 2,3 Milliarden Franken vor. Kürzungsanträge von SP und Grünen kamen nicht durch. Mit der Botschaft peilt der Bundesrat auch den Klimaschutz an. Als grösster Immobilienbesitzer des Bundes spiele das Verteidigungsdepartement eine wichtige Rolle, hiess es zur Botschaft. Künftig soll daher etwa bei Sanierungen von VBS-Immobilien konsequent der Minergie-Standard angewendet werden. Die Grünen bezeichneten die Pläne als "Greenwashing", die Rüstungsindustrie sei die dreckigste und klimaschädlichste Industrie. Über die Botschaft debattiert nun der Ständerat.

Olympische Spiele

Unterstützt der Bund Olympische Spiele in der Schweiz, sollen sich die Stimmberechtigten dazu äussern können. Der Nationalrat will das Sportförderungsgesetz entsprechend anpassen. Mit 131 zu 56 Stimmen gab er einer parlamentarischen Initiative aus der SP Folge. Diese verlangt, dass die Unterstützung von Olympischen Spielen durch den Bund dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Das Begehren geht an den Ständerat.



Gleichzeitig verlangte der Nationalrat mit einem Postulat vom Bundesrat Aufschluss darüber, wie die Mitsprache für Parlament und Stimmberechtigte bei der Durchführung von Grossanlässen gewährleistet werden kann.

Drohnen

Der Nationalrat möchte etwas tun in Bezug auf die Drohnentechnologie und die Sicherheit in der Schweiz. Er hat mit einem Postulat seiner Sicherheitspolitischen Kommission (SIK-N) einen Bericht bestellt, in dem der Bundesrat aufzeigen soll, wie sich die Schweiz gegen mit Drohnen ausgeführte feindliche Aktionen wappnen kann. Die SIK-N befürchtet laut Vorstoss, dass dank der kostengünstigen Technologien einerseits neue Akteure verstärkt Einfluss geltend machen werden. Andererseits könnten auch nichtstaatliche kriminelle oder terroristische Organisationen auf diese Technologien zurückgreifen. Der Bundesrat war mit dem Postulat einverstanden. Die Schweiz müsse auf diese Sicherheitsrisiken vorbereitet sein, sagte Verteidigungsministerin Viola Amherd.

Sold

Der Sold in der Armee soll an die Kaufkraft angepasst und regelmässig überprüft werden. So verlangt es der Nationalrat mit einer Motion aus der SVP-Fraktion. David Zuberbühler (SVP/AR) machte geltend, dass der Sold 1987 das letzte Mal angepasst worden sei. Eine Anpassung ans heutige Preisniveau sei daher überfällig, nicht zuletzt aus Wertschätzung gegenüber den Armeeangehörigen. Der Bundesrat lehnte das Anliegen ab und verwies auf den symbolischen Wert des Soldes. Der Vorstoss geht an den Ständerat.

Hier geht es zu meinem Votum: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-videos?TranscriptId=283586>





Armee

Der Nationalrat möchte wissen, wie Miliz-Kaderleute der Armee von administrativen Arbeiten entlastet werden könnten. Er hat dazu mit 94 zu 93 Stimmen und einer Enthaltung ein Postulat angenommen von Jean-Luc Addor (SVP/VS). Wegen zeitraubender administrativer Arbeiten ausserhalb der Dienstzeit würden Funktionen auf Stufe Kompanie und Bataillon für Milizkader zunehmend unattraktiv. Der Bundesrat muss nun in einem Bericht zum Thema vorlegen, gegen seinen Willen. Das Anliegen sei für die Armee zentral, sagte Verteidigungsministerin Viola Amherd. Massnahmen seien bereits ergriffen worden.

Jugendschutz

Minderjährige sollen vor Sex- und Gewaltdarstellungen in Filmen und Games geschützt werden. So will es der Nationalrat. Er hat als Erstrat eine Vorlage angenommen, die etwa Kinos, Onlinehändler und Plattformen wie Youtube zu Alterskennzeichnungen verpflichtet. Er nahm das neue Gesetz in der Gesamtabstimmung mit 112 zu 74 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Gegenüber dem Entwurf des Bundesrats will die grosse Kammer auch sogenannte In-App-Käufe regulieren. Sie möchte zudem das zuständige Bundesamt gesetzlich dazu verpflichten, Massnahmen zur Förderung der Medienkompetenz und der Prävention zu ergreifen. Nun ist der Ständerat am Zug.

Verzugszins I

Der Nationalrat will den Zeitpunkt für die Erhebung von Verzugszinsen auf den Zeitpunkt der rechtskräftigen Veranlagung der Bundessteuer verschieben. Er hat eine entsprechende Motion aus der SVP angenommen. Da Selbstständigerwerbende erst ab dem Zeitpunkt der definitiven Veranlagung der Bundessteuer ihre effektive AHV-Beitragsschuld kennen, sei eine Verschiebung angezeigt, argumentierte Thomas Aeschi (SVP/ZG). Der Bundesrat konterte erfolglos, dass eine Zinsfreiheit bis zur rechtskräftigen Steuerveranlagung die Selbstständigerwerbenden gegenüber den Arbeitgebenden bevorzugen würde, was eine Verletzung des Gebots der Rechtsgleichheit bedeuten würde. Die Motion geht an den Ständerat.

Verzugszins II

Der Nationalrat ist dafür, den Verzugszins von heute fünf Prozent für zu tiefe AHV-Einzahlungen auf einen marktüblichen Zinssatz zu senken. Er hat eine entsprechende Motion aus der SVP angenommen. Sozialminister Alain Berset argumentierte erfolglos, dass eine Senkung dieses Zinssatzes mit Blick auf den Finanzierungsbedarf der AHV und die Bemühungen, die AHV zu stabilisieren, ein falsches Signal wäre. Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat sah aber Handlungsbedarf. Nun ist der Ständerat am Zug.

Höheres Rentenalter für Frauen

Der Nationalrat ist dafür, den Verzugszins von heute fünf Prozent für zu tiefe AHV-Einzahlungen auf einen marktüblichen Zinssatz zu senken. Er hat eine entsprechende Motion aus der SVP angenommen. Sozialminister Alain Berset argumentierte erfolglos, dass eine Senkung dieses Zinssatzes mit Blick auf den Finanzierungsbedarf der AHV und die Bemühungen, die AHV zu stabilisieren, ein falsches Signal wäre. Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat sah aber Handlungsbedarf. Nun ist der Ständerat am Zug.



Parlament erhöht Rentenalter der Frauen um ein Jahr

In der AHV klafft ein Loch. Weil die Altersvorsorge bis 2030 zusätzlich 26 Milliarden Franken benötigt, hat der Nationalrat am Mittwoch die Stabilisierung der AHV gutgeheissen. Dabei hat er der Erhöhung des Rentenalters für Frauen von 64 auf 65 Jahre zugestimmt, gegen den Willen der Linken und wie zuvor der Ständerat.

Indem sie künftig erst ab 65 Jahren eine AHV-Rente beziehen, tragen die Frauen dazu bei, das finanziell angeschlagene Sozialwerk in den nächsten rund zehn Jahren auf stabile Füsse zu stellen. **Konkret würde die AHV mit dem höheren Frauenrentenalter über zehn Jahre hinweg um rund 10 Milliarden Franken entlastet.** Allerdings wird ein beträchtlicher Teil der Entlastung für Ausgleichsmassnahmen zu Gunsten der zunächst betroffenen Frauen gebraucht. Deshalb wird die Mehrwertsteuer erhöht. Nach den Entscheiden beider Räte steht aber noch nicht fest, in welchem Ausmass.

Der Nationalrat will den Mehrwertsteuer-Normalsatz von 7,7 Prozent um 0,4 Prozentpunkte anheben. Den reduzierten Satz und dem Sondersatz für die Hotellerie will er um je 0,1 Prozentpunkt erhöhen. Der Ständerat hingegen hat für den Normalsatz eine Erhöhung von 0,3 Prozentpunkte beschlossen und für die tieferen Sätze je 0,1 Prozent. Beide Räte blieben unter den Anträgen des Bundesrates: eine Aufstockung um 0,7 Prozentpunkten beim Normalsatz sowie 0,2 Prozentpunkte für den reduzierten Satz und 0,3 Prozentpunkte für den Hotellerieersatz.

Zudem will sich eine Mehrheit im Nationalrat bei der Nationalbank bedienen, um die AHV zu stabilisieren. SVP, SP und Grüne setzten sich hier gemeinsam durch. **Konkret sollen Gewinne der Nationalbank aus Negativzinsen dem Sozialwerk zugeführt werden.** Alfred Heer (SVP/ZH) lobte die überparteiliche Allianz und sprach von einer Rückführung dieser Mittel via AHV-Finanzierung an die Bevölkerung. Bis 2030 brächte das für die AHV rund 20 Milliarden Franken, sagte Mattea Meyer (SP/ZH). Aus finanz- und staatspolitischen Gründen sei dieser Weg des geringsten Widerstandes falsch, warnte dagegen Christian Lohr (Mitte/TG). "Finger weg vom Geld der Nationalbank", forderte auch Regine Sauter (FDP/ZH). Die GLP lehnte den Griff in die Kasse der Nationalbank ebenfalls ab. Auch der Ständerat ist gegen solche Begehlichkeiten. Er lehnte am Mittwoch eine entsprechende Motion ab.

Der Nationalrat hiess die AHV-Reform insgesamt mit 126 zu 67 Stimmen gut, gegen den Willen von SP und Grünen. Auch wenn das Rentenalter 65 im Parlament nun beschlossen ist, müssen in der Vorlage noch etliche Punkte bereinigt werden.

Einer davon sind die Ausgleichsmassnahmen für jene Frauen, die nach der Erhöhung des Rentenalters als erste das Renten-Referenzalter 65 erreichen. Der Nationalrat entschied sich für einen eigenen Weg. Demnach gäbe es einen Ausgleich für sechs Jahrgänge. Träte die Revision 2022 in Kraft, wären das in den Jahren 1959 bis 1964 geborene Frauen. Der Nationalrat will nach Einkommen abgestufte Zuschläge auf die Renten von Frauen, die bis zum Referenzalter 65 erwerbstätig bleiben.

Bei einem massgebenden durchschnittlichen Einkommen von bis zu 57'360 Franken soll es 150 Franken geben. Bei bis 71'700 Franken Einkommen sollen es 100 Franken sein und bei höheren Einkommen noch 50 Franken. Den meisten Frauen der Übergangs-Jahrgänge, die ihre Rente bis zu drei Jahre im Voraus beziehen, wird die Rente mit dieser Version weniger gekürzt als es der Bundesrat will.



Das Ausgleichsmodell des Nationalrates würde im teuersten Jahr 2028 zu Kosten von 670 Millionen Franken führen. Der Ständerat zeigte sich im März weniger grosszügig. Er will zwar neun Frauen-Jahrgänge berücksichtigen, aber je nach Zeitpunkt der Pensionierung abgestufte Rentenzuschläge von höchstens 150 Franken ausrichten. Sein Modell würde im teuersten Jahr 2031 421 Millionen Franken kosten.

Die beiden Teile der Vorlage - die Revision des AHV-Gesetzes und die Verfassungsänderung für die Erhöhung der Mehrwertsteuer - will das Parlament miteinander verknüpfen. Im Nationalrat stellten sich SP und Grüne gegen das Ansinnen, unterlagen aber mit 67 gegen 124 Stimmen.

Auch der Bundesrat wollte die Verknüpfung nicht. Er habe die Botschaft der 2017 an der Urne gescheiterten AHV-Reform gehört: Die Menschen sollten über beide Teile getrennt und frei abstimmen können, warb Sozialminister Alain Berset für den Minderheitsantrag.

Ohnehin könnte aber das Volk das letzte Wort haben zum höheren Frauen-Rentenalter. Denn die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes - er bekämpft eine Erhöhung des Frauen-Rentenalters - haben bereits ein Referendum beschlossen. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.

Medienförderung

Die künftige Medienförderung ist nach zähem Ringen fast unter Dach und Fach. Während sieben Jahren werden die Medien in der Schweiz direkt und indirekt mit 120 Millionen Franken mehr gefördert als bisher. Es bleibt eine letzte Differenz für die Einigungskonferenz. Der Nationalrat beharrte am Donnerstag in der Differenzbereinigung bei den Gebührenanteilen für konzessionierte private Veranstalter auf einer Brandbreite von "6 bis 8 Prozent". Der Ständerat möchte "mindestens 8 Prozent". In den beiden anderen offenen Punkten schloss sich die grosse Kammer dem Ständerat an. So werden dem Onlinebereich der SRG nicht weitergehende Einschränkungen auferlegt. Auch bei der Befristung des gesamten Pakets auf sieben Jahre folgte der Nationalrat dem Kompromissvorschlag des Ständerats.

Doppelbürger im Parlament

Doppelbürger im National- und Ständerat sowie im Bundesrat sollen ihre Staatsangehörigkeiten offenlegen müssen. Der Nationalrat hat als Erstrat eine parlamentarische Initiative von Marco Chiesa (SVP/TI) mit 115 zu 64 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. SP und der Grüne wollten die entsprechende Anpassung der Verordnung der Bundesversammlung zum Parlamentsgesetz über die Parlamentsverwaltung zurückweisen. Es gehe nur vordergründig um Transparenz, sondern um Diskriminierung, fanden sie. Unterschwellig werde Doppelbürgern unterstellt, sie könnten die Interessen der Schweiz nicht angemessen vertreten.

Rahmenabkommen

Gibt es doch noch ein Rahmenabkommen mit der EU, sollen der demokratische Prozess für die dynamische Übernahme von EU-Recht und das Mitspracherecht für Parlament, Volk und Kantone gesetzlich gewährleistet werden. Das Parlament hält an dieser Forderung fest. Der Nationalrat überwies dazu eine Motion aus dem Ständerat. Eingereicht hatte diese vor rund zwei Jahren der frühere Tessiner Ständerat Filippo Lombardi (Mitte). Der Ständerat hatte sie im Dezember angenommen. Eine Minderheit und Aussenminister Ignazio Cassis hatten Ablehnung der Motion beantragt. Diese sei nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Brüssel gegenstandslos.



Kundgebungsverbot

Der Nationalrat will am Kundgebungsverbot auf dem Bundesplatz während der Sessionen festhalten. Er hat eine Motion von Aline Trede (Grüne/BE) mit 117 zu 67 Stimmen abgelehnt, die forderte, dass der Bund sich bei der Stadt Bern für eine Aufhebung des Verbots einsetzen müsse. Das Verbot sei demokratiepolitisch nicht haltbar, begründete Trede ihren neusten Anlauf für eine Aufhebung. Die Bevölkerung müsse Anliegen an die Ratsmitglieder herantragen können. Das Büro des Nationalrates lehnte den Vorstoss ab und verwies auf die bewährte Regelung. Die Räte sollten ihre Aufgaben ohne Störungen wahrnehmen können.

Gedenkfeier der Bundesversammlung für die Opfer des Coronavirus

Mit einem Vorstoss wollte Nationalrätin Greta Gysin das Büro des Nationalrates beauftragen, eine offizielle Gedenkfeier für die Opfer der Covid-19-Pandemie und ihre Familien zu organisieren. Diese Gedenkfeier für die Opfer der grössten Gesundheitskrise der letzten Jahre hätte in Zusammenarbeit mit der Landesregierung abgehalten werden können. Die Postulantin hat ihren Vorstoss kurzfristig zurückgezogen. Dies hielt mich aber nicht davon ab, eine Zusatzfrage zu stellen:

https://par-pcache.simplex.tv/content/5/9/163618/simvid_1.mp4



Zuberbühler David (V, AR): Geschätzte Kollegin, vielleicht eines vorweg: All die Leute, die an Corona gestorben sind, tun mir sehr leid. Aber müsste man für Menschen, die im vergangenen Jahr an Krebs, an einer Atemwegserkrankung, an einem Unfall oder unter Gewalteinwirkung gestorben sind, nicht auch einen Gedenk Anlass durchführen, weil sie während der Corona-Krise schlicht in Vergessenheit geraten sind? Oder für all die Menschen, die sich aufgrund der bundesrätlich angeordneten Zwangsmassnahmen und der daraus folgenden Perspektivlosigkeit das Leben genommen haben?

Bern, im Juni 2021
David Zuberbühler